
hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 01/2021



KRISEN ZUSAMMENDENKEN – SOLIDARISCH HANDELN

KITA-QUALITÄT

Im Interview mit
Prof. Dr. Susanne Viernickel

5

LÄNDLICHE RÄUME

Grün gedacht!

6

MOBILITÄT

Eine Garantie für alle
Thüringer*innen

8



Liebe Leserinnen und Leser,

auch im neuen Jahr beschäftigt uns die Corona-Pandemie sowohl als Gesellschaft als auch in unserem politischen Handeln. Mit dem Start der Impfkampagne in Deutschland und den in Aussicht stehenden weiteren Impfstoffen wuchs die Hoffnung auf ein baldiges Ende der Pandemie, doch das ist noch nicht in Sicht.

Vielmehr werden wir uns darauf einstellen müssen, in Zukunft mit dem Virus zu leben. Diese Erkenntnis war für uns als Fraktion der Auslöser, um über einen neuen Ansatz für das Leben mit dem SARS-CoV-2-Virus nachzudenken. Wir wollen den Menschen in Thüringen eine längerfristige Perspektive bieten, die über das kurzfristige Handeln von einer MPK zur anderen hinausgeht und dadurch auch neue Handlungsspielräume eröffnet. Unser wichtigstes Ziel war und ist es, die Kontrolle über das Infektionsgeschehen zurückzuerlangen, um das Gesundheitssystem nicht weiter zu überlasten und die Hospitalisierungsrate sowie die Mortalitätsrate zu senken. Die nun schon seit einem Jahr bekannten Schutzmaßnahmen (Abstand halten, Maske tragen, Hygieneregeln, Lüften, Kontakte minimieren etc.) müssen auch während der nächsten Monate eingehalten werden und Bestandteil aller Pandemiekonzepte bleiben. Der von uns in die Diskussion gebrachte Stufenplan würde es endlich ermöglichen, die Maßnahmen nachvollziehbar für alle Menschen darzustellen. Es muss für jede*r Bürger*in verständlich sein, warum und ab wann welche Maßnahmen gelten. Unser 4-Stufenplan beinhaltet ausdrücklich keine

festen Datumsangaben. Außerdem war es uns wichtig, von einem starren Inzidenzwert hin zu einem umfassenderen Instrument zu kommen, das verschiedene Faktoren berücksichtigt, wie die Dynamik des Infektionsgeschehens oder die Auslastung der ITS-Betten. Unsere Priorität liegt auch mit diesem Plan auf einer sicheren Öffnung für Schulen und Kitas. Gut, dass alle in Kindergärten und Schulen Beschäftigten jetzt geimpft werden. Darüber hinaus gilt es, grundsätzlich zwischen Maßnahmen in Räumlichkeiten oder an der frischen Luft zu unterscheiden, da es hier deutliche Unterschiede im Infektionsrisiko gibt. Umfangreiche Teststrategien müssen die Maßnahmen auf allen Stufen unterstützen.

Die Corona-Pandemie hat uns in vielen Bereichen (auch bereits) bestehende Problemlagen wie in einem Brennglas vor Augen geführt, sei es im Bereich der Schulen und Kitas oder im Bereich der Pflege. Und auch die Klimakrise geht im Schatten von Corona weiter. Daher steht diese Ausgabe der HinterGRÜNde unter dem Titel „Krisen zusammendenken – Solidarisch Handeln“. Die aktuellen und auch die noch kommenden Krisen werden wir als Gesellschaft nur gemeinsam lösen können.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund und solidarisch!

Ihre
Astrid Rothe-Beinlich
Fraktionsvorsitzende



Mehr zum
Stufenplan,
findet ihr hier.

Inhalt

Editorial	2	Ländliche Räume Grün gedacht!	6
Was brachte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft? .	3	Eine Mobilitätsgarantie für alle	8
Das Recht auf Bildung kennt keine Pause!	4	Wertschätzung in der Pflege	9
Im Interview: Prof. Dr. Susanne Viernickel		Studierende in der Corona-Pandemie	10
„Qualität und Qualitätsentwicklung in Kitas“	5	Neuwahlen in Thüringen?!	11

WAS BRACHTE DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT?



Madeleine Henfling

Europapolitische Sprecherin
der Thüringer Landtagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zur EU-Ratspräsidentschaft:

„Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft stand unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ So sollte die Europäische Union unter dem Vorsitz Deutschlands nachhaltiger, gerechter, sozialer, stärker und innovativer werden. Themen wie die Bewältigung der Corona-Pandemie und deren Folgen, der EU-Haushalt, die Brexit-Verhandlungen sowie Klimaschutz und Digitalisierung standen auf der Agenda.

Obwohl der beschlossene Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 und der Aufbauplan „Next Generation EU“ mit einem Gesamtvolumen von 1,8 Billionen Euro zukunftsweisende Projekte für Klima, Digitalisierung und mehr Gerechtigkeit in der EU enthalten, blieb der erhoffte Push für Europa aus. Die Europäische Union muss auch in Zukunft mehr zusammenstehen, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen – für soziale Gerechtigkeit, echte Gleichstellung, das konsequente Erreichen der Klimaschutzziele, für ein gemeinsames europäisches Asylsystem und faire Handelspolitik. Nur gemeinsam können wir einstehen für Demokratie und unsere europäischen Werte.“



Terry Reintke

Stellvertretende Vorsitzende
der Fraktion Grüne/EFA im
Europäischen Parlament und
Mitglied im Ausschuss für
bürgerliche Freiheiten, Justiz
und Inneres zum Brexit:

Foto: European Parliament

„Gut ein Jahr nachdem das Vereinigte Königreich die EU verlassen hat, zeigt sich, dass viele Hoffnungen enttäuscht wurden und noch immer wichtige Fragen offen sind. Als Europaabgeordnete müssen wir jetzt das ausverhandelte Brexit-Abkommen auf Herz und Nieren prüfen. Ob in der internationalen Zusammenarbeit, der Klimapolitik, bei Arbeitsstandards oder dem Erasmus-Programm:

Unsere Aufgabe ist es jetzt, das zunehmende Auseinanderstreben zu regulieren, den Gesprächsfaden am Laufen zu halten und Brücken anstatt Mauern zu bauen. Denn eines ist klar: Die neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich mag schwächer sein, für beide Seiten negative Auswirkungen haben und auf einer Lügenkampagne aufgebaut gewesen sein. Trotzdem ist es im gegenseitigen Interesse, den Schaden so gering wie möglich zu halten und gemeinsam in eine Zukunft zu schauen, die eine engere Zusammenarbeit wieder möglich machen kann.“



Daniel Freund

Mitglied der Fraktion Grüne/EFA
im Europäischen Parlament, Mitglied
im Verfassungs- und Haushalts-
kontrollausschuss, Verhandlungs-
führer der Grünen zum Rechtsstaats-
mechanismus:

Foto: <http://danielfreund.eu/fotos>

„In Sachen Rechtsstaat und Demokratie hat die Deutsche Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr nicht gegläntzt. Wir haben sie in Brüssel eher als Bremser wahrgenommen. Die wirklich erfolgreichen Punkte des Rechtsstaats-Mechanismus` wurden im Parlament durchgesetzt – nicht im Kanzleramt in Berlin. Wir haben in Europa eine Krise des Rechtsstaats und wir müssen schnell dagegen vorgehen. Sollte es am Ende doch noch zu Sanktionen kommen gegen jene, die den Rechtsstaat in Europa mit Füßen treten, dann war das ein Verdienst der Parlamente und mutiger Aktivist*innen und Journalist*innen vor Ort. Aber es war kein Erfolg der Appeasement-Politik von Bundeskanzlerin Merkel. Es ist vor allem die CDU, die sich noch immer schützend vor Viktor Orban stellt.“

EU-Ratspräsidentschaft?

Alle sechs Monate hat ein anderer Mitgliedsstaat den Vorsitz des Europäischen Rates inne. Dieser muss dann dafür sorgen, dass die Arbeit des Rates systematisch vorangeht und Entscheidungen getroffen werden. Die Präsidentschaft vertritt den Rat gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament, gibt sich einen Arbeitsplan, vermittelt zwischen den Mitgliedsstaaten in Streitfällen und vertritt die EU auf internationaler Ebene. Auf Deutschland, welches den Vorsitz von Juli bis Dezember 2020 bereits zum 13. Mal innehatte, folgten Portugal und Slowenien.

DAS RECHT AUF **BILDUNG** KENNT **KEINE PAUSE!** —



Lernen mit und Lehren aus der Pandemie

Notbetreuung, Distanzlernen, Homeschooling, Schulcloud, zu wenig digitale Endgeräte, kein Netz, überforderte Eltern im Spagat zwischen Beruf und Familie, hoch motivierte und zugleich vielfach verunsicherte Lehrer*innen und Erzieher*innen und dazu die fehlenden Kontakte. Fast jede*r hat etwas zu erzählen, wenn es um Bildung in Zeiten von Corona geht. Die Frage, wie wir gerade in Krisenzeiten gute Bildung für alle von Anfang an und ein gesundes und altersgerechtes Aufwachsen ermöglichen können, beschäftigt uns seit Beginn der Pandemie vor einem Jahr und bis heute, denn seitdem befinden sich unsere Bildungseinrichtungen quasi im Ausnahmezustand. Zwar ermöglichten selbst während der harten Lockdownphasen Kindergärten und Schulen in echten Kraftakten die Notbetreuung und allein im Februar 2021 nahmen dies etwa 40 Prozent der Kindergartenkinder und etwa 18 Prozent der Schüler*innen in Anspruch. Doch Studien zeigen uns, dass manche Schüler*innen gut mit dem häus-



lichen Lernen zurecht kommen, während andere aufgrund mangelnder Ausstattung, Motivation oder fehlender Unterstützung durch Eltern deutliche Lernrückstände entwickeln und dadurch – sofern wir nichts dagegen tun – gravierende Nachteile erfahren. Hinzu kommen Einsamkeitsgefühle, das Fehlen der Freund*innen und der für Kinder und Jugendliche so wichtige Austausch untereinander.

Umso mehr kommt es nun darauf an, neben all den Aktivitäten zur Verbesserung der digitalen Lernmöglichkeiten mit dem Aufbau eines sicheren Schulalltages inklusive Tests und Impfungen diese Nachteile durch entschlossenes bildungspolitisches Handeln auszugleichen. Geht die Schule wieder richtig los, darf es keine Rückkehr zum Status Quo vor der Pandemie geben. Wir setzen nicht auf zusätzlichen Notendruck, sondern auf eine zügige Ermittlung der individuellen Lernstände und die konsequente individuelle Förderung. Nutzen wir doch auch die Ferien, insbesondere die Sommerferien, für zusätzliche Lernangebote. Außerdem sollen kostenfreie Förder- und Nachhilfeangebote in den Schulen etabliert und außerschulische Partner*innen sowie weitere Unterstützung einbezogen werden.



Nicht zuletzt braucht es mehr Personal für Schulen, an denen besonders viele unterstützungsbedürftige Schüler*innen lernen. Thüringen muss endlich wieder in echte Schulentwicklungsprogramme investieren, die den Fokus auf den Ausgleich herkunftsbedingter sowie durch die Pandemie verstärkter Nachteile legen. Nur so können wir für die Zukunft lernen und mehr Durchlässigkeit im Schulwesen erreichen, eine alte aber nach wie vor hochaktuelle grüne bildungspolitische Forderung. Daher setzen wir neben all dem weiter auf den Ausbau der Ganztagsangebote, auf Inklusion ebenso wie auf die Abschaffung antiquierter Methoden wie zwangsweise Klassenwiederholungen und das Abschulen vermeintlich leistungsschwacher Schüler*innen. Es bleibt also noch viel zu tun für grüne Schulpolitik, auf dass unsere Zukunftschancen wachsen.

QUALITÄT UND QUALITÄTS- ENTWICKLUNG VON KITAS

Im Interview: Prof. Dr. Susanne Viernickel

Gute Bildung für alle von Anfang an - das ist unser Anspruch. Ziel war und ist es, die Qualität der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung kontinuierlich zu verbessern. Aus diesem Grund haben wir Frau Prof. Dr. Susanne Viernickel von der Universität Leipzig mit einem Gutachten beauftragt, mit dem wir die Debatte über die Qualität und Qualitätsentwicklung von Kindertageseinrichtungen in Thüringen mit wissenschaftlichen Empfehlungen unterstützen wollen.



Frau Prof. Dr. Viernickel, warum sollten wir uns Gedanken über die Qualität und Qualitätsentwicklung von Kindergärten machen?

Kindergärten haben in den vergangenen Jahren viel Verantwortung zugewiesen bekommen und pädagogische Fachkräfte sind mit mannigfaltigen Aufgaben konfrontiert. Es geht darum, Kindern aller Altersstufen Bildungsprozesse in einem umfassenden Sinne zu ermöglichen, und dies vor dem Hintergrund sehr heterogener Ausgangslagen in den Familien. Wissenschaftliche Untersuchungen zur Qualität von Kindergärten in Deutschland zeigen leider, dass nicht jeder Kindergarten diesen gestiegenen Ansprüchen gerecht wird. Die meisten Kindergärten liegen auf einem mittleren Qualitätsniveau, einige sind sehr gut, einige weisen aber auch massive Qualitätsmängel auf.

Gibt es verlässliche wissenschaftliche Aussagen darüber, durch welche Maßnahmen sich die Qualität von Kindergärten verbessern lässt?

Ja, die gibt es. Durch Verbesserungen der Personalschlüssel und -qualifikationen kann – und muss! – die Basis dafür geschaffen werden, dass vor Ort überhaupt fachlich anspruchsvoll gearbeitet werden kann. Das allein reicht jedoch nicht aus. Wirklich gute pädagogische Qualität kann erst entstehen, wenn ein Team in einen kontinuierlichen fachlichen Verständigungsprozess über pädagogische Ziele und professionelles Handeln eintritt, und wenn es dabei die spezifischen Voraussetzungen und Bedarfe seiner jeweiligen Zielgruppen im Fokus behält. Ein solcher Prozess wird durch eine gute Leitung und ein trägerseitiges systematisches Qualitätsentwicklungskonzept sehr unterstützt.

Welche Stärken und Schwächen der Kindergartenlandschaft Thüringens sehen Sie?

Vor allem die Versorgung mit Kita-Plätzen und der darauf bezogene Rechtsanspruch, die formale Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte und der Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre sind als Stärken zu werten. Wertvoll ist auch, dass seit über zehn Jahren in den Aufbau von Eltern-Kind-Zentren investiert wird. Das System der Fachberatung hat Potenzial, muss aber strukturell weiterentwickelt werden. Beim Personalschlüssel schneidet Thüringen im bundesweiten Vergleich schlecht ab. Die größte Schwäche sehe ich aber darin, dass bisher von politischer Seite fast ausschließlich über den Input gesteuert wird, also durch Finanzströme, Orientierungspapiere und Projekte, und nicht auf Basis von empirischen Daten und systematischen Analysen.

Sie haben in Ihrem Gutachten eine Reihe von Vorschlägen zur Weiterentwicklung gemacht. Was sollte aus Ihrer Sicht zuerst angegangen werden?

Sehr wichtig wäre die Umorientierung hin zu einer wirkungsorientierten Steuerung. Es gilt, Informationslücken über die pädagogische Qualität in den Thüringer Kindergärten zu schließen, vor allem aber, die Absicherung und Weiterentwicklung von Qualität nachhaltig strukturell zu verankern. Hierfür schlagen wir die Gründung und gesetzliche Verankerung eines Thüringer Zentrums Frühe Bildung vor, das die vielfältigen Aktivitäten koordiniert, Studien und Evaluationen durchführt und Vernetzung und Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis befördert. Flankiert werden müsste diese qualitative Ausrichtung durch Verbesserungen der Personalsituation, v.a. des Personalschlüssels. Dies sind aber nur zwei von einer ganzen Reihe von Empfehlungen. Wir sind davon überzeugt, dass sich die Einzelmaßnahmen gegenseitig verstärken würden, und plädieren daher für eine Gesamtstrategie.



LÄNDLICHE RÄUME GRÜN GEDACHT!

Dabei sein ist gut – mitgestalten ist besser

Demokratie lebt von Beteiligung und Transparenz. Auch und gerade deshalb muss die Thüringer Kommunalordnung menschenfreundlicher gestaltet werden und müssen die Auskunfts- und Mitwirkungsrechte der Gemeinderäte und Kreistagsmitglieder, aber auch der Einwohner*innen gestärkt werden. Insbesondere für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen setzen wir uns als Fraktion immer wieder laut und deutlich ein. Um all dies zu ermöglichen, sollen das Wahlalter weiter abgesenkt werden, Ausschüsse öffentlich tagen und Nachhaltigkeitsbeiräte sowie Dorfgespräche eingeführt werden. Zusätzlich finden wir, dass Thüringer*innen die Möglichkeit haben sollten, Verwaltungsdienstleistungen wohnortnah in Anspruch zu nehmen, so zum Beispiel mit Bürger*innenserviceterminals und -büros. Die wichtigsten Verwaltungsleistungen und Informationen – auch per Videochat – sollen durch Terminals zugänglich sein, während in den Büros alle Verwaltungsleistungen für Bürger*innen und Unternehmer*innen bereitgestellt werden sollen.



Erneuerbare Energien – ein Gewinn für alle!

Ein Gewinn für alle? Ganz genau! Mit dem Förderprogramm Klimainvest wollen wir Investitionen in Klimaschutz und Klimafolgenanpassung für land- und forstwirtschaftliche Unternehmen verstärkt fördern. Die Akzeptanz für die Energiewende können wir nur steigern, wenn die Menschen Energiewendegewinner*innen werden und stärker als bisher finanziell von der Energiewende profitieren. Wie? Beispielsweise durch Öffnungsklauseln für Kommunen bei der Windenergie oder Verbesserungen bei den Bürgerenergiegenossenschaften. Wir setzen uns deshalb für eine institutionelle Unterstützung der Bürger*innenenergie durch regionale Klimaagenturen ein, die als Bindeglied zwischen kommunalen Klima- und Energiemanager*innen und der ThEGA fungieren. Kommunen sollen bei der Ausweisung von Flächen von Windenergieanlagen auch außerhalb bisheriger oder geplanter Windvorranggebiete unterstützt werden, sodass alle, in ganz Thüringen zu Energiewendegewinner*innen werden!



Regionale Wertschöpfung stärken



Nachhaltige Wirtschaft bedeutet, regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten weiter zu stärken. Initiativen für regionales Wirtschaften wie Solidarische Landwirtschaft, Bürger*innenenergiegenossenschaften, Waldgenossenschaften, Dorfläden, Handwerk und die Einführung umwelt-

Mehr als 90 % der Fläche Thüringens gehört zum ländlichen Raum, 4/5 der Thüringer*innen leben hier. Grund genug für uns, den ländlichen Räumen mehr Bedeutung zuzusprechen, die Herausforderungen zu analysieren, die Potentiale zu verdeutlichen und aufzuzeigen, welche Handlungsmöglichkeiten sich gerade dort für die Landespolitik bieten.



gerechter Technologien sollen gestärkt werden. So können zum Beispiel Direktvermarkter*innen die Versorgung mit Brot, Gemüse, Obst, Fleisch, Milch und Käse übernehmen und örtliche Gaststätten durch die Integration von Catering-Angeboten für Senior*innen und für die lokalen Kindergärten und Schulen eine bessere Auslastung erhalten. Regionale und ökologische Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung öffentlicher Institutionen bieten sichere Einnahmequellen für die regionalen Obst- und Gemüsebaubetriebe. Gerade in Thüringen koexistieren unterschiedliche Wirtschaftsfelder und Betriebsarten, die viel Potential für die Entwicklung bieten.

die Sprachförderung von Menschen nichtdeutscher Herkunftssprachen auf dem Land. Hier braucht es dringend mehr Deutsch als Zweitsprache (DaZ)-Lehrkräfte und ausreichend „Start Deutsch“ und „Start Bildungsangebote“ auch in der Fläche.

Gut versorgt vor Ort

Wir nehmen die Notwendigkeit einer Daseinsvorsorge vor Ort ernst, deshalb setzen wir auf mehr regionale Verantwortung für die Versorgung. Um Menschen möglichst lange größtmögliche Bewegungsfreiheit und das Verbleiben im gewohnten Umfeld zu ermöglichen, wollen wir neue Pflegeformen und neue Wohnformen etablieren. Zu diesem System sollen auch die Anbindungen an ergänzende Dienste wie die Vermittlung von Nachbarschafts- und Einkaufshilfen, kurzfristige Betreuungsangebote sowie Bring- und Holservices und Fahrdienste im Rahmen der Mobilitätsgarantie gehören. Zu einer guten und für alle zugänglichen Versorgung gehören ebenfalls gut erreichbare Pflegeberatungen und Pflegestützpunkte, um pflegende Angehörige mit Angeboten für den Alltag und in der häuslichen Betreuung behilflich zu sein.



Kurze Wege für kurze Beine

Ein wohnortnahes Schulwesen ist ein Wert an sich. Die Kleinsten sollen möglichst kurze Schulwege haben und die älteren Schüler*innen nicht den halben Tag im Bus verbringen. Kleine Schulen haben auf dem Land nur eine Chance zu bestehen, wenn sie sich zu Gemeinschaftsschulen oder in Schulverbänden von Sprengel-, Campus- oder Filialschulen verbinden. So kann mehr Flexibilität im Personaleinsatz geschaffen, Unterrichtsausfall verringert werden und Schulstandorte erhalten bleiben.

Dazu gehört es auch, die Aus-, Fort- und Weiterbildung in dieser Hinsicht zu verstärken. Wir setzen uns dafür ein, gezielt Lehrkräfte für die ländlichen Räume zu gewinnen, beispielsweise durch Zulagen, Investitionen in gute schulische Arbeitsbedingungen und moderne pädagogische Konzepte. Wichtig ist auch und gerade





EINE MOBILITÄTS- GARANTIE FÜR ALLE

Was kostet es, allen Menschen in Thüringen Mobilität zu garantieren? Mit dieser Frage haben wir Mitte 2020 die renommierte Beratungsgesellschaft KCW beauftragt. Unsere verkehrspolitische Sprecherin Laura Wahl beantwortet die wichtigsten Fragen zur Studie und zum Vorhaben, eine Mobilitätsgarantie für alle in Thüringen umzusetzen.

Das Ergebnis hat uns positiv überrascht: Mit 31 Millionen Euro können wir in Thüringen aus dem bisher an vielen Orten noch lückenhaften ÖPNV ein Netz spinnen, das alle auffängt und mitnimmt. Bei bisher 90 Millionen Euro jährlichem Zuschuss für den gesamten Thüringer Regionalbusverkehr können wir mit einem Drittel dieser Summe zusätzlich einen öffentlichen Personennahverkehr garantieren, der auch in den ländlichen Räumen flächendeckend autoarme Mobilität ermöglicht. Es wäre ein wichtiger Baustein für eine umfassende Daseinsvorsorge und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Freistaat.

Was ist mit der Mobilitätsgarantie genau gemeint?

Die Mobilitätsgarantie ist das Versprechen, dass alle Personen im ländlichen Raum von Thüringen mobil sein können. Zwischen 5 und 22 Uhr hat jede*r die Garantie auf einen Anschluss an den ÖPNV – montags bis freitags stündlich und am Wochenende/feiertags mindestens zweistündlich.

Dies wird über den flächendeckenden Einsatz von Rufbussen umgesetzt. Diese bringen den Fahrgast bei Bedarf zum nächsten Nahverkehrsknotenpunkt. Die Buchung funktioniert unkompliziert per Telefon oder digital und ist spontan oder als Dauerbuchung für Pendler*innen möglich. Zusätzlich werden bestehende Buslinien und Bahnstrecken auf einen Stundentakt verdichtet, um einen guten Anschluss zu garantieren.

Wie wollen wir das umsetzen?

In einem ersten Schritt sollen sich interessierte Landkreise über eine Ausschreibung als Pilotregionen bewerben können. Dort wird die Mobilitätsgarantie zunächst auf Landkreisebene umgesetzt. Die Erfahrungen aus diesen Projekten wollen wir dann nutzen, um die Mobilitätsgarantie



Laura Wahl setzt sich für eine Mobilitätsgarantie in ganz Thüringen ein.

sukzessive in ganz Thüringen einzuführen. Damit klar ist, dass es kein Einmalprojekt bleibt, sondern eine langfristige Ergänzung im Nahverkehrssystem darstellt, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein Mobilitätsgesetz erarbeiten, das die Mobilitätsgarantie gesetzlich garantiert.

Wie wollen wir das finanzieren?

Die Pilotprojekte sollen aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Für die Umsetzung im ganzen Land setzen wir darüber hinaus auf eine Erhöhung der sogenannten Regionalisierungsmittel, die der Bund den Ländern für den Öffentlichen Nahverkehr zu Verfügung stellt. Zur Gegenfinanzierung schlagen wir die Abschaffung des Dieselpri vilegs auf Bundesebene vor. Mit den dadurch eingesparten Subventionskosten alleine könnte Thüringen anteilig mehr als 100 Millionen Euro zusätzlich an Mitteln für die klimafreundliche Mobilitätsförderung erhalten.

Mehr Information?

Auf unserer Website steht die Studie zum kostenlosen Download. Gerne stellt unsere verkehrspolitische Sprecherin Laura Wahl das Konzept bei einem Treffen vor. Über Anregungen und Feedback freuen wir uns sehr.



► gruene-thl.de/verkehr-bau/mobilitatsgarantie-thuringen

WERTSCHÄTZUNG IN DER PFLEGE



Wohl kaum eine andere Branche hat es im vergangenen Jahr so oft in die Medien geschafft wie die Pflegebranche. Die Arbeit der Pflegekräfte wurde beklatscht, in den Sozialen Medien gefeiert und immer wieder wurde betont, wie wichtig die Menschen sind, die im Pflege- und Gesundheitswesen tätig sind.

Das waren und sind wichtige Zeichen unserer Wertschätzung – aber das ändert nichts an der Tatsache, dass es endlich an der Zeit ist, die

Arbeitsbedingungen der Menschen, die in diesen Bereichen jeden Tag Großartiges leisten, effektiv zu verbessern. Die sogenannte Corona-Prämie, die im vergangenen Jahr ausgezahlt wurde, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Die vielzitierte Corona-Lupe hat auch in diesem Bereich die vordringlichsten Probleme noch sichtbarer gemacht:

Es fehlt an einer angemessenen Personaldecke. Und das ist das Resultat jahrelangen Sparens an der falschen Stelle. Nur mit einem ausreichenden Personalschlüssel und einer tarifgerechten Entlohnung werden sich die Probleme lösen lassen. Menschen, die sich für diesen schweren Beruf entscheiden, haben jedes Recht darauf, diesen auch unter guten Bedingungen ausüben zu können. Diese Pandemiezeit hat die angespannte Personalsituation extrem verschärft – aber nicht erst seit einem Jahr sind die stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegedienste unterbesetzt, gehen die Mitarbeiter*innen dort in den Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen viel zu oft bis an die Grenze der Belastbarkeit.

Es muss Menschen möglich sein, so lange wie möglich ihre Lebensform selbst zu bestimmen. Wer in Zeiten von Krankheit oder auf Grund des Alters zu Hause Pflege benötigt, braucht eine gute und bezahlbare Versorgung für sich, aber auch zur Entlastung der Angehörigen.

Wir brauchen ein ganz anderes Fundament für eine gute Versorgung: Grüne Versicherungs- und Finanzierungs-

konzepte für Pflege und Gesundheit liegen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN längst vor.

Für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung ist es längst an der Zeit, denn die Finanzierung guter Pflege darf nicht nur eine Herausforderung für Pflegekräfte, -bedürftige und deren Angehörige sein. Eine gute Pflegeversicherung schafft mehr Solidarität, stabilere Beitragssätze und eine gute Pflege für alle. Starke stehen für Schwächere ein, Gesunde für Pflegebedürftige und Junge für Alte. Eine gerechte, stabile und nachhaltige Basis zur Finanzierung der Pflege sorgt dafür, dass alle Menschen, die sie einmal benötigen, auch erhalten. Sie hilft, den demografischen Wandel zu bewältigen, und ermöglicht beispielsweise auch wohnortnahe Pflegekonzepte und angemessene Personalstandards. Mit angemessenen Löhnen für die Pflegenden und mit begrenzten und überschaubaren Kosten für die, die sie benötigen – ob zu Hause oder im Pflegeheim. So muss die Pflege der Zukunft finanziert sein: gemeinsam, fair, gerecht und transparent! Diesen Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik brauchen wir und dafür steht die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Thüringen.



Mehr dazu: ► gruene-bundestag.de/themen/pflege

STUDIIERENDE IN DER CORONA-PANDEMIE



Studieren war schon immer ein Entwicklungsschritt, eine Herausforderung. Studieren in Zeiten von Corona umso mehr – und doch anders. Zu lange wurden die Belange der Studierenden in der Corona-Pandemie nicht gehört. Forderungen im Bereich der Wirtschaft, für die Arbeitswelt und die Schulen wurden schnell ergriffen und heiß diskutiert. Lediglich im Bereich der Studierenden ist es still. Dabei sind die Problemlagen vielfältig.

Da wäre zunächst der Umstand, dass der Großteil der Universitäten und Hochschulen auf Onlinesemester umgestellt hat. Junge Menschen, die nach ihrem Abitur eigentlich von Zuhause ausziehen, ein eigenes Leben starten, selbstständig werden, haben dies in vielen Fällen nicht gemacht und lernen aus ihren Kinderzimmern heraus für die Uni. Unter den verschiedenen Gründen war natürlich auch der finanzielle Aspekt stets Teil der Entscheidungsabwägung. Die Geschäfte, Bars, Restaurants sind zu – wie soll man sich Geld dazuverdienen, um auszuweichen,

alleine leben zu können? Wie überbrückt man die Zeit, bis der BAföG-Bescheid eingeht? Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie mehr als schwierig, besonders für Menschen aus Bedarfsgemeinschaften, die nicht auf ein finanzielles Polster zurückgreifen können. Studierende, die sich mitten im oder kurz vor dem Abschluss ihres Studiums befinden, sehen



Die Hörsäle bleiben in Zeiten der digitalen Vorlesungen leer.

sich mit ganz anderen Problemlagen konfrontiert. Die Rahmenbedingungen des Studiums haben sich geändert, was sich unweigerlich auch auf die Dauer des Studiums auswirkt. Oft gehen die Hochschulen von einer technischen Ausstattung der Studierenden aus, die einfach nicht gegeben ist. Wenn das Studium unter der Prämisse begonnen wurde, Arbeitsplätze, Soft- und Hardware der Hochschule zu nutzen, wälzt das Onlinesemester die Ausstattungsfrage nun auf einmal auf die Studierenden ab. Das kann gerade bei Fragen der Prüfungsgestaltung existenziell schwierig sein. Den Hochschulen wurde für die digitale Ausstattung ein eigener Digitalisierungsfond eingerichtet. Die Studierenden wurden vergessen und müssen das aus eigener Tasche bestreiten. Auch die bisher angesetzte Regelstudienzeit (die schon bisher von rund 60 Prozent der Studierenden nicht eingehalten werden kann) wird noch unrealistischer. Es drohen Langzeitstudiengebühren. Um dies finanziell leisten zu können, bleibt den Studierenden nur das Bundesdarlehen, also noch mehr Schulden.

Studierende dürfen in der Corona-Pandemie nicht länger außen vor sein!

Wir als Landtagsfraktion wollen:

Eine **Erstsemester-Starthilfe**, die Studierenden aus Bedarfsgemeinschaften eine Startunterstützung zahlt. (Schleswig-Holstein hat dies bereits umgesetzt und die Praktikabilität bewiesen.)

Das **Sozialdarlehen** des Thüringer Studierendenwerkes als Vollzuschuss ausgestalten, damit Studierende in finanziellen Notlagen eben nicht noch mehr Schulden aufbauen müssen.

Die **pauschale Regelstudienzeitverlängerung** und eine **Aufhebung der Langzeitstudiengebühren**.

NEUWAHLEN IN THÜRINGEN



Auch im Jahr 2021 bestimmt die Corona-Pandemie weiterhin unser Leben. Daher war uns und auch den anderen Regierungsfraktionen schon recht früh klar, dass über die für den 25. April geplante Neuwahl gesprochen werden musste. Diese war durch den Thüringer Dambruch vom 5. Februar 2020, als sich der FDP-Kandidat Kemmerich mit den Stimmen von AfD, FDP und CDU zum Kurzzeit-Ministerpräsidenten wählen lassen, notwendig geworden. Gemeinsam mit der CDU wurde ab Mitte Januar nach einer Lösung gesucht, die allen Thüringer*innen eine sichere und verantwortungsvolle Neuwahl ermöglichen würde, wobei verschiedene Faktoren zur Entscheidungsfindung berücksichtigt wurden. Wahlkampf lebt von direkter Kommunikation mit den Bürger*innen und vom politischen Wettstreit. Dies ist momentan nicht physisch möglich. Hinzu kommt auch, dass es erfahrungsgemäß etwa 30.000 Wahlhelfer*innen für die reibungslose

Durchführung einer Landtagswahl braucht. Diese Menschen einem gesundheitlichen Risiko auszusetzen, ist nicht verantwortbar. Deshalb einigten sich die Fraktionen von LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der CDU gemeinsam auf den 26. September als einen neuen Wahltermin. Da an diesem Tag ohnehin auch die Bundestagswahl stattfindet, werden Wahlhelfer*innen nicht doppelt belastet, die Bürger*innen haben nur einen Gang zum Wahllokal und auch die Kosten für die Wahl lassen sich so minimieren. Da sich bis zum Wahltermin die Mehrheitsverhältnisse im Landtag jedoch nicht ändern, musste der bestehende Stabilitätsmechanismus mit der CDU verlängert werden. Bis zur parlamentarischen Sommerpause gilt nun eine Vereinbarung, die es uns ermöglicht, dass gemeinsam Gesetze im Landtag beschlossen werden können und die parlamentarische Arbeit nicht stillsteht.

DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



Astrid Rothe-Beinlich

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie für Aufarbeitung und Religion

Telefon: 0361 / 37-72663

E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de



Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Haushalt und Finanzen, Wirtschaft und Wissenschaft, Tourismus, Petitionen

Telefon: 0361 / 37-72674

E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de



Madeleine Henfling

Parlamentarische Geschäftsführerin

Vizepräsidentin des Thüringer Landtags

Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur, Medien, Netzpolitik und Datenschutz

Telefon: 0361 / 37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de



Babett Pfefferlein

Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin

Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit, Drogenpolitik, Familie, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Infrastruktur, Ländlichen Raum, Landwirtschaft, Forsten, Tier- und Verbraucherschutz

Telefon: 0361 / 37-72681

E-Mail: babett.pfefferlein@gruene-thl.de



Laura Wahl

Sprecherin für Verkehr, Umwelt, Energie, Naturschutz, Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik sowie den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361 / 37-72672

E-Mail: laura.wahl@gruene-thl.de

Besuchen Sie uns auch im Social Web!



www.facebook.com/gruenethl

www.twitter.com/gruenethl

www.instagram.com/gruenethl

www.youtube.com/gruenethl

DIE MITARBEITER*INNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0361/37-72669
E-Mail: julia.stroebel@gruene-thl.de



Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/37-72670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorstands
Telefon: 0361/37-72660
E-Mail: buerofrivosi@gruene-thl.de

Pressestelle



Anika Schidda
Pressesprecherin
Telefon: 0361 / 37-72666
E-Mail: anika.schidda@gruene-thl.de



Marcus Neumann
*Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Onlinekommunikation*
Telefon: 0361 / 37-72690
E-Mail: marcus.neumann@gruene-thl.de



Christian Herrmann
Referent für Veranstaltungsmanagement
Telefon: 0361/37-72654
E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de

Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-thl.de

Internet: www.gruene-thl.de

www.facebook.de/gruenethl

www.twitter.com/gruenethl

www.instagram.com/gruenethl

www.youtube.com/gruenethl

Vi.S.d.P.: Anika Schidda

Druckunterlagenschluss: März 2021 | Layout/Satz: www.kleinearche.de

Fotos: Landtagsfraktion, Shutterstock/Halpoint, Shutterstock/Yulilia D

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-thl.de

Parlamentarische Beratung



Christian Foß
*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft,
Digitale Gesellschaft und Datenschutz*
Telefon: 0361/37-72689
E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Tino Gaßmann
Referent für Bildung, Jugend, Asyl- und Migrationspolitik
Telefon: 0361/37-72683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de



Tobias Lange
Referent für Innen- und Kommunalpolitik
Telefon: 0361/37-72680
E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



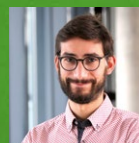
Ralf Martin
*Referent für Energie, Klima, Umwelt,
Naturschutz und Sport*
Telefon: 0361/37-72679
E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Dr. Anna-Lisa Neuenfeld
*Justiziarin, Referentin für Justizpolitik und Grundsatzfragen,
Religion und Aufarbeitung*
Telefon: 0361/37-72673
E-Mail: anna.neuenfeld@gruene-thl.de



Jan Richter
*Referent für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus*
Telefon: 0361/37-72678
E-Mail: jan.richter@gruene-thl.de



Edoardo D'Alfonso Masarié
Referent für den Verfassungsausschuss
Telefon: 0361/37-72667
E-Mail: Edoardo.DAlfonsoMasarie@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey
*Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung und Vize-
präsidentin des Thüringer Landtags, Referentin für Europapolitik*
Telefon: 0361/37-72676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de



Matthias Schlegel
*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Landwirtschaft und
Forsten*
Telefon: 0361/37-72691
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-thl.de



Gabriele Sondermann
*Referentin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit,
Verbraucherschutz, Gleichstellung und Petitionen*
Telefon: 0361/37-72693
E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de